

1 Verfassungsbestimmung zur anderweitigen Verwendung von Goldreserven der Nationalbank

Im Jahre 1997 hatte eine Expertengruppe Reform der Währungsordnung überprüft, welcher Bestand an Währungsreserven für die Führung der Geldpolitik notwendig ist, wenn die bis anhin aufgrund der Goldparität des Frankens immobilisierten Goldreserven zu normalen, am Markt veräusserbaren Notenbankaktiven werden. Die Expertengruppe hatte damals vorgeschlagen, den für die Geldpolitik nicht mehr benötigten Teil der Goldreserven der Nationalbank anderen öffentlichen Zwecken verfügbar zu machen. Gestützt darauf hatten die eidgenössischen Räte im Rahmen der geplanten Reform der Geld- und Währungsverfassung beschlossen, eine explizite Verfassungsgrundlage zu schaffen, damit für die Geldpolitik nicht mehr benötigte Goldreserven im Umfang von 1300 Tonnen aus der Nationalbank ausgegliedert und anderweitig verwendet werden können. Nachdem jedoch der neue Geld- und Währungsartikel der Bundesverfassung in der Schlussabstimmung der eidgenössischen Räte vom 18. Juni 1999 gescheitert war (vgl. 92. Geschäftsbericht, Seite 43), entschied sich der Bundesrat für ein anderes Vorgehen. Dieses basiert auf der nachgeführten, am 1. Januar 2000 in Kraft getretenen Bundesverfassung.

Der nachgeführte Geld- und Währungsartikel (Art. 99 BV) weist keine Goldbindung des Frankens mehr auf. Zwar verpflichtet Art. 99 Abs. 3 BV die Nationalbank, einen Teil ihrer Währungsreserven in Gold zu halten. Dem steht jedoch nicht entgegen, dass jener Teil der Goldreserven, den die Nationalbank nach der Neubewertung ihrer Goldbestände für die Geldpolitik nicht mehr benötigt, mit einer Verfassungsnorm anderen Nutzniessern zugewiesen wird. Mit Botschaft vom 17. Mai 2000 unterbreitete daher der Bundesrat den eidgenössischen Räten den Entwurf eines Bundesbeschlusses über die Verwendung von Goldreserven (Übergangsbestimmung zu Art. 99 BV) sowie eines Bundesgesetzes über die Stiftung solidarische Schweiz. Die vorgeschlagene Übergangsbestimmung zur Bundesverfassung (Art. 197 Ziff. 1) ermächtigt den Gesetzgeber dazu, die Verwendung des Erlöses aus dem Verkauf von 1300 Tonnen Gold der Nationalbank zu regeln. Die parlamentarische Beratung der Vorlage wurde im zweiten Halbjahr 2000 aufgenommen.

**Für die Geldpolitik
nicht mehr benötigte
Goldreserven**

Botschaft des Bundesrates

2 Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel

Inkrafttreten

Das Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG) war von der Bundesversammlung am 22. Dezember 1999 verabschiedet worden (vgl. 92. Geschäftsbericht, Seite 44). Nachdem die Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen war, setzte der Bundesrat das WZG auf den 1. Mai 2000 in Kraft. Damit wurde der Nationalbank ermöglicht, ihren Goldbestand von 2590 Tonnen neu zu bewerten und Goldverkäufe zu tätigen.

Aufhebung goldbezogener Bundesratsbeschlüsse

Das WZG verwirklicht die Aufhebung der Goldbindung des Frankens auf der Gesetzesstufe. Mit der definitiven Entfernung der Einlösepflicht der Nationalbank für Banknoten und der Goldparität des Frankens aus der Bundesgesetzgebung konnten gleichzeitig die Bundesratsbeschlüsse vom 29. Juni 1954 betreffend den gesetzlichen Kurs der Banknoten sowie vom 9. Mai 1971 über die Festsetzung der Goldparität des Frankens aufgehoben werden. Das WZG regelt neu alle publikumsrelevanten Eigenschaften von Währung und staatlichem Geld: Es definiert die schweizerische Währungseinheit, umschreibt die gesetzlichen Zahlungsmittel und die Pflicht des Gläubigers zu ihrer Annahme, ersetzt das Münzgesetz und übernimmt die banknotenbezogenen Vorschriften aus dem Nationalbankgesetz. Zusammen mit dem WZG setzte der Bundesrat auch die revidierte Münzverordnung in Kraft.

3 Totalrevision des Nationalbankgesetzes

Mitte Oktober 2000 lieferte die Expertengruppe Reform der Währungsordnung, in der auch die Nationalbank vertreten war, dem Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements ihren Bericht und Entwurf zu einem neuen Nationalbankgesetz (NBG) ab. Das heutige Nationalbankgesetz ist über weite Strecken veraltet und steht mit dem nachgeführten Geld- und Währungsartikel der Bundesverfassung (Art. 99 nBV) nicht im Einklang. Deshalb drängt sich eine Totalrevision auf. Nach dem Inkrafttreten des nachgeführten Geld- und Währungsartikels und des Bundesgesetzes über die Währung und die Zahlungsmittel bildet die Revision des Nationalbankgesetzes den dritten und letzten Baustein zur Reform der schweizerischen Geld- und Währungsordnung.

Die Expertengruppe hatte den Auftrag, alle anstehenden Probleme des schweizerischen Notenbankrechts zu analysieren und dazu sachgerechte Lösungen vorzuschlagen. Der von ihr vorgelegte Gesetzesentwurf umfasst als wichtigste Reformpunkte die Konkretisierung des verfassungsrechtlichen Notenbankauftrags, die Ausgestaltung der Notenbankunabhängigkeit, die Einführung einer formellen Rechenschaftspflicht, die Flexibilisierung des Geschäftskreises, die Modernisierung der hoheitlichen Notenbankinstrumente, die Anpassung der aktienrechtlichen Bestimmungen, einschliesslich jener über Gewinnermittlung und Gewinnverteilung, sowie die Straffung der Organisationsstruktur. Die Expertengruppe orientierte sich dabei weitgehend an international anerkannten Standards für ein modernes Zentralbankgesetz.

Die Nationalbank wird im Rahmen des für das Jahr 2001 vorgesehenen Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf der Totalrevision des NBG Stellung nehmen.

**Bericht und Entwurf der
Expertengruppe**

**Umfassende Modernisierung
des Notenbankrechts**

**Stellungnahme der
Nationalbank**